

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Waldemar Dittmer**,
Verlagsnummer: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. September 1920 bei tagl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Polbezugspreis für Monat September 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die empfangliche 30 mm breite
Zeile 20 Pfg., für auswärts 25 Pfg., Familienanzeigen und Gesandtschaften ohne
Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Zeile 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg., Oberleitungsgebühren 10 Pfg. Zusätzl. Anträge gegen Vorbestellung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Barossastraße 38-42.
Druck u. Verlag von **Ullrich & Reichardt** in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unberechtigter Schriftdruck werden nicht aufbewahrt.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Theater=Restaurant
in der
Reitbahnstraße „Komödie“ am Hauptbahnhof
Neuzeitlich ausgestattetes Bier- und Speiselokal

Eiserne Öfen aller Systeme
Vor Einkauf eines Ofens empfehle ich die Besichtigung meiner reichhaltigen Ausstellung in
Dauerbrandöfen bewährter Fabrikate.
Florian Czockerts Nachf. Ferdinand
Dresden-A., Töpferstr. 9/10. Tel. 25401.

Stresemann über seine Genfer Politik.

Die Weiterbehandlung des Planes von Thoiry und seine Ausdehnung nach anderen Seiten. Staatssekretär v. Schubert vertritt die deutschen Abrüstungswünsche in Genf. — Demokratische Bemühungen um die Große Koalition.

Ein Empfang der Presse in Berlin.

Berlin, 24. Sept. Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing heute nachmittags im Auswärtigen Amt die Vertreter der Berliner und auswärtigen Presse, um ihnen nach seiner Rückkehr aus Genf einen Überblick über die Tätigkeit der deutschen Delegation und seine Besprechungen mit Briand zu geben. Der Minister erklärte, daß er im Grunde genommen gar nicht viel Neues mitzuteilen hätte, da die Vorgänge ja im allgemeinen bekannt seien. Er ging dann zunächst auf die heutige Sitzung des Reichskabinetts ein und hob hervor, daß die Aussprache die einmütige grundsätzliche Zustimmung ergeben habe. Dem französischen Geschäftsträger in Berlin ist Mitteilung von dem Beschluß des Reichskabinetts gemacht worden. Damit ist die Weiterberatung dieser Fragen auf den diplomatischen Weg verwiesen.

Eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses kann nach der Ansicht des Ministers aber erst in Betracht kommen, wenn die gesamte Delegation zurückgekehrt ist und man das Ergebnis der gesamten Verhandlungen in Genf übersehen kann. Seine Auffassung über

Die Ereignisse in Genf.

Führte Minister Stresemann weiter aus, habe er wiederholt in Genf selbst zum Ausdruck gebracht, Deutschland sei in einer seinem Ansehen entsprechenden Form in den Völkerbund eingetreten. Er selbst habe die Empfindung gehabt, daß manche Anschauungen, die man über die Arbeiten des Völkerbundes gehabt habe, einer gewissen Revision unterzogen werden müßte. So sei die Ansicht, daß einzelne Mächte den Völkerbund beherrschten, unrichtig.

Aus voller Überzeugung könne er sagen, daß man die Dinge nicht so ansehen könne, als ob man den Völkerbund einstellen müßte in den Nationen, die mit uns sympathisieren, und solche, die gegen uns feindselig eingestellt sind.

Man könne nicht von einer Entente im Völkerbund sprechen, noch von mit Frankreich verbündeten Mächten in dem Sinne, als wenn damit deutschfeindlich gestimmte Nationen in den Völkerbundrat gewählt worden seien. Schließlich sei unsere Politik gekennzeichnet durch das

Bestreben nach einer weitgehenden deutsch-französischen Verständigung.

Es werde im Völkerbund nicht darauf ankommen, daß der Völkerbund oder die Kommissionen das Schlachtfeld sein werden für große Diskussionen. Es werde vielmehr darauf ankommen, bei entscheidenden Fragen zu vorheriger Verständigung zu kommen. Deutschlands Stellung, betonte der Minister, wird dabei nicht schlecht sein. Es wird manchen guten Einfluß ausüben können.

Noch wertvoller für uns als die reine Völkerbundsarbeit, die ja schließlich begrenzt sei, sei die Tagung des Völkerbunds, daß sie Gelegenheiten geben könne, über viele Fragen in einen Gedankenaustausch zu treten, wie das schon bei Thoiry der Fall war. Es wäre erfreulich, führte der Minister in bezug auf unsere innerpolitischen Verhältnisse weiter aus,

wenn wir gemeinsam daran arbeiten könnten, die Arbeit im Völkerbund fruchtbar zu gestalten.

Er habe auch im heutigen Kabinettsrat ausgeführt, daß er den Entschluß, die Delegation Deutschlands von Parlamentariern begleiten zu lassen, für glücklich halte und vorschläge, auf diesem Wege weiter fortzugehen. Im Völkerbunde liege die Situation so, daß jede Nation sich bemühe, Persönlichkeiten von Rang in den Vordergrund zu stellen. Auch ganz konservative Regierungen trügen keinerlei Bedenken, Vertreter ihrer Opposition mit nach Genf zu nehmen. Andere Nationen nähmen zum Teil ihre Votschäfte, andere wieder auch ihre Parteiführer mit, und wenn die verschiedenen Gruppen in einem Lager vertreten seien, dann erleichtere das das Arbeiten einer Delegation ganz außerordentlich, weil sich dann von den Persönlichkeiten aus, die in ihrem Lande anerkannte Bedeutung genießen und auch internationale Verbindungen besitzen, leicht Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationen spinnen lassen. Die Franzosen seien in dieser Sache noch weiter gegangen als wir. Paul Boncour wurde zum zweiten Hauptdelegierten gemacht, und wenn es auch ein schöner Traum bleiben würde, daß hinter der Außenpolitik das ganze Volk stünde, so sollte man doch aber auch von deutscher Seite zum Ausdruck bringen, daß der deutsche Außenminister seine Privatperson, die gegenwärtig den Posten des Außenministers einnehme, sondern daß er eben tatsächlich der Vertreter des ganzen Volkes sei.

Er hätte es gern gesehen, daß auch die deutsche Rechtsopposition, die Deutschnationale Volkspartei, wie es ursprünglich vorgeschlagen war, durch den deutschnationalen Abgeordneten Prof. Hochlich vertreten gewesen wäre.

Er sei der festen Überzeugung, daß auch das nur zum Besten gewesen wäre. Es sei und bleibe bedauerlich, daß dieser Gedanke sich nicht durchführen ließ. Minister Stresemann erklärte, daß er sich über die Einzelheiten der Besprechung in Thoiry

im gegenwärtigen Augenblick noch nicht äußern könnte. Die großen Gesichtspunkte seien ja auch sofort verstanden worden. Der Minister wies auch jetzt noch einmal die Presemittelung zurück, daß er Briand erst zwei, dann acht Willkürarten Markt angeboten habe. Wenn man sich den Dawes-Plan zur Hand nehme, so sei das Problem, um das es sich hier handle, sehr leicht zu erkennen. Es ist, erklärte Minister Stresemann, kein Problem einer neuen kapitalistischen Belastung Deutschlands, sondern lediglich das Problem der Eröffnung gewisser Möglichkeiten der Transferierung von Leistungen, die heute schon bestehen, und bei denen die Entscheidung, ob sie transferiert werden, von der Entscheidung des Generalagenten Barker Gilbert abhängen ist.

Mit unserer Zustimmung kann nun für gewisse Gruppen Frankreich eine gewisse Priorität einräumen werden.

Das stellt selbstverständlich eine Forderung der Mächte des Dawes-Planes dar, die dem Transferagenten die Möglichkeit geben, unter Umständen, wenn er für die deutsche Währungsicherung und jeden Bartransfer zu verhindern. Wie weit wir nun in dieser Forderung der Schlußbestimmungen unserer Währungsvereinbarung einsehen werden, ist der Gegenstand der Erörterungen des einseitigen ministeriellen Ausschusses. Die ganze Frage ist nicht zwischen Deutschland und Frankreich allein zu lösen. Dazu gehören verschiedene andere Mächte, die an den ganzen Dingen des Dawes-Planes beteiligt sind. Schwierigkeiten verschiedener Art werden noch zu überwinden sein. Das Entscheidende an der Unterredung in Thoiry ist aber der Gedanke, daß ein Weg gefunden werden mußte, um eine die Schwierigkeiten, die zwischen Deutschland und Frankreich noch bestehen, beseitigende Lösung zu finden, um die Möglichkeit zu schaffen zu einem näheren Zusammenwirken. Die Dinge seien als nichts weiter anzusehen, als ein versuchter Akt, auf dem hinter beiden Seiten christlich Wille bestehe. Weiter führte der Minister aus: Die Politik, die ich geführt habe, ist im wesentlichen basiert auf dem ganz speziellen Vertrauen, das ich zu der Persönlichkeit des französischen Außenministers Briand habe.

Seit dem ersten Gespräch, das ich mit Herrn Briand in Locarno führte, habe ich die feste Überzeugung gehabt, daß Briand es unbedingt ernst mit dem Wunsch einer deutsch-französischen Verständigung meint. Auch die Dinge, die dieses Vertrauen vielleicht hätten erschüttern können, wie die Vorgänge auf der Wärtagung des Völkerbunds konnten mich nicht davon abhalten, an die Echtheit Briands zu glauben. Aber wie in jedem anderen Lande, so sei auch in Frankreich der Außenminister nur ein Teil der Regierung, und es sei auch klar, daß in der Psychologie der französischen Bevölkerung Meinungen beständen, die einer Verständigung mit Deutschland noch entgegenstünden.

Die ganzen Locarno-Verträge bedeuteten dann nichts, wenn nicht der nationale Wille vorhanden sei, am Rhein zum Frieden zu kommen. Durch den deutschen Eintritt in den Völkerbund und durch die Besprechungen in Thoiry seien die Dinge entschieden weiter gekommen. Er sei keineswegs gewillt, die Bedeutung der Rede zu überschätzen, die Briand vor dem Völkerbund gehalten habe, aber diese Briand'sche Rede sei doch entscheidend gewesen dadurch, daß Briand sie halten konnte, ohne von der französischen öffentlichen Meinung geteilt zu werden.

Minister Stresemann knüpfte an die Feststellung, daß es keine andere Möglichkeit eines Vorwärtsschreitens gebe, als die der Verständigung, die Mittelung.

Daß sich an eine deutsch-französische Verständigung andere Verständigungsversuche knüpfen werden und können. Diese Tatsache, daß es nicht allein bei einer deutsch-französischen Verständigung bleiben solle und bleiben könne, sei der Gesichtspunkt, von dem er aus seine Politik getrieben habe und weitertreiben wolle.

Man könne zwar über die Methode seiner Politik verschiedener Meinung sein, der Gegenseite sei aber noch zu führen, ob man auf anderen Wegen zu besseren Ergebnissen kommen würde. Auch die Opposition, wenn sie an die Regierung und zur Führung der Außenpolitik gelangte, würde schließlich nichts anderes tun können, als auf dem jetzt eingeschlagenen Wege weiterzugehen.

Der Minister ging dann noch einmal auf seine Ansprache ein, die er beim Empfangabend der deutschen Kolonien in Genf gehalten habe. Er habe da nichts weiter als Selbstverständlichkeiten gesagt. Es sei doch richtig, anzunehmen, daß, wenn eine Sache so gut gehe, wie es mit der Tätigkeit der deutschen Delegation in Genf der Fall war, sich dann deren Führer hinterher hinstelle, um sämtliche Fensteröffnungen einzuschlagen.

Die Reform der sächsischen höheren Schule.

Der Entwurf des Volksbildungsministeriums.

Jahrelang hat die höhere Schule in Sachsen unter dem unheilvollen Druck gestanden, daß mit einer Reform womöglich eine grundrührende Aenderung des Bestehenden geplant sei. Dieser Druck hatte eine allgemeine Adressenfront hervorgerufen, als unter dem Ministerium Fleischer tatsächlich ein Reformentwurf bekannt wurde, der offenbar aus gänzlichem Unkenntnis der Verhältnisse entworfen war, zumal sein Verfasser nie in persönlicher Beziehung zur höheren Schule gestanden hatte. Seitdem beschäftigten sich nur Fachverbände und Politiker mit dem Gedanken an eine Reform, indes eine Phalanx frei entstandener Vereinigungen den Schutz des Bestehenden als ihre Aufgabe wahrnahm. Jetzt endlich tritt das Ministerium Kaiser mit einem Referentenentwurf vor die Öffentlichkeit, dessen Schöpfer der Professor an der Technischen Hochschule zu Dresden, Ministerialrat Dr. Menke-Wülfert ist. Drei lange Jahre hat sich das Ministerium Zeit gelassen, um seine Pläne voll zur Reife zu bringen. Und wenn man sich das Geschaffene überblickt, so wird man ihm die Anerkennung nicht zu versagen brauchen. Die Schulreform ist von dem Willen zur Verbesserung getragen; sie will sachlich förderbare Grundzüge entwickeln, sie will keine Meinungsstreitigkeiten entfesseln, keinen Standpunkt oktrolieren, keine zeitgebundenen Einflüsse maßgebend sein lassen, sondern sie will fortbauen auf dem Vorhandenen. Was wäre in der Tat wohl auch kurzschätzer, als wenn man Gedanken, die eben mit der ganzen Ungeklärtheit der Jugend ins Leben getreten sind, heute schon irgendwie „verankern“ wollte. Kein einziger in Deutschland hat heute das Gefühl, daß wir uns bereits auf festem Boden befinden, daß sich die Wahrung schon gesetzt habe. Es dürfte demnach das Klügste sein, was die Unterrichtsverwaltung beabsichtigt: nämlich alle vorhandenen Entwicklungen zu schonen, keiner von vornherein das Lebensrecht zu verweigern und Altes und Neues im Wettbewerb seine Kraft bewähren zu lassen.

Die Entwicklung der sächsischen Schulwesen ist ersichtlich. Die Denkschrift des Ministeriums spricht davon, daß sie, verwaltungsmäßig, sogar reglos geworden sei. Schon unter dem Ministerium von Beck hatte eine blühende Mannigfaltigkeit der Ansätze begonnen. Und an Stelle der 14 sächsischen Gelehrtenschulen von 1830 haben wir heute 34 sechsstufige und 85 neunstufige höhere Lehranstalten, die Privatschulen ungerchnet. Wir haben Realanstalten, humanistische Anstalten, Oberschulen, Aufbauschulen, eine höhere Berufsschule usw. Beinahe jede der einzelnen Schulformen ist in sich noch einmal vermannigfaltigt; wir haben Gymnasien und Realgymnasien mit einer neueren oder mit einer alten Fremdsprache im Anfang; zumal in den Oberklassen gestaltet sich die Vielheit der Verästelungen verwirrend. Der Referentenentwurf vermehrt diese Vielheit nicht; er beengt auch nicht die drängende Fülle. Er vertritt allein, aus Rücksichtserwägungen die Verästelung nach oben zu verlegen, den Unter- und Mittelbau aber möglichst gleichartig zu gestalten. Damit soll erreicht werden, daß Eltern und Kind Zeit gewinnen, die bindende Entscheidung über die Schulart zu treffen. Bis ins 15. Jahr des Kindes bleibt die Möglichkeit eines Tausches dort zwischen Gymnasium und Realgymnasium, hier zwischen deutscher Oberschule und Gymnasium oder Realgymnasium, und auch zwischen deutscher Oberschule und Oberrealschule erhalten. Maßgebend für die Möglichkeit zu Übergängen sind allemal die Fremdsprachen, die auf den einzelnen Schularten zu Anbeginn gelehrt werden. Gymnasium und Realgymnasium können bei Latein bleiben; die zweite Fremdsprache beginnt bei ihnen dann schon in Quarta, damit eben auch hier Möglichkeiten des Überganges geschaffen werden; im übrigen steht überall Englisch an erster Stelle. Die Unterrichtsverwaltung sieht — mit ihren eigenen Worten — das Ziel der Entwicklung in der gegliederten höheren Einheitschule, die auf einem möglichst weitgehenden gemeinsamen Unter- und Mittelbau eine im wesentlichen nach Berufsgruppen gegliederte, aber durch eine Reihe von Kernfächern zusammengehaltene Oberstufe trägt. Der Gedanke an eine Erweiterung der Volksschule — wie er früher einmal spukte — wird entschieden abgelehnt. Das Ministerium kann es nicht verantworten, die Hand zu einer Herabsetzung der wissenschaftlichen Leistungen an den höheren Schulen zu bieten, wie sie durch eine Dethronung des Volksschulbesuches bedingt würde.